

CHF 2.50
AZA 3001 Bern

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

HÖHERE BERUFSBILDUNG – Der sgV akzeptiert den Wortbruch des Bundesrats bei der Finanzierung der Vorbereitungskurse nicht und verlangt zwingende Korrekturen.

Verwaltung desavouiert Bundesrat

Seit 2006 steht es in der Verfassung: Akademische und berufliche Bildung sind gleichwertig. Elf lange Jahre später ist auch klar: Die vorbereitenden Kurse auf Berufs- und Höhere Fachschulen werden neu vom Bund direkt finanziert. Dafür stehen für vier Jahre 365 Millionen Franken bereit. Das Parlament beschloss überdies einen Paradigmenwechsel: Neu zahlt der Bund seine Unterstützung nicht mehr an die Veranstalter, sondern an die Absolventen der vorbereitenden Kurse.

Der Streit geht weiter

Doch genau um diese Subjektfinanzierung wird nun erneut gestritten – und zwar heftig. Die Gründe: Anders als von Bundesrat Johann Schneider-Ammann im Parlament versprochen, sieht die Verordnung über die Berufsbildung (BBV) nun vor, dass Kursteilnehmer ihre finanzielle Lage offenlegen und insbesondere von der direkten Bundessteuer befreit sein müssen, um in den Genuss finanzieller Unterstützung für die vorbereitenden Kurse zu kommen. Weiter sollen diese Gelder ausschliesslich an die Absolventinnen und Absolventen der Prüfungen, nicht aber an Arbeitgeber, Berufsverbände oder andere Institutionen ausbezahlt werden dürfen. Wer bei einer modularisierten Prüfung nicht alle Modulprüfungen besteht und deshalb nicht zur Schlussprüfung zugelassen wird, soll gemäss SBFI ebenfalls leer ausgehen.

«Willen des Parlaments ignoriert»

Der Schweizerische Gewerbeverband sgV kritisiert die neue Verordnung scharf. «Bundesrat **Johann Schneider-Ammann** lässt sich von der Verwaltung offenbar auf der Nase herumtanzen», sagt sgV-Direktor und Na-



Lässt er sich von der Verwaltung auf der Nase herumtanzen? Bildungsminister Johann Schneider-Ammann an der Front.

BILD: CR/ARCHIV

tionalrat **Hans-Ulrich Bigler** und setzt noch einen drauf: «Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI und sein Stv. Direktor **Josef Widmer** plustern sich hier zum Gesetzgeber auf, regulieren eigenmächtig drauflos und ignorieren dabei den Willen des Parlaments.» Tatsächlich hatte der Bildungsminister noch im September 2016 im Nationalrat erklärt: «Wir werden ein Minimum an Informationen einziehen, um die Berechtigung sicherzustellen.» Schneider-Ammann weiter: «Ich bestätige Ihnen noch einmal: Es wird minimal sein, und es wird *nicht* bis zum Lohnausweis und zum Steuerausweis führen müssen.» Nun aber soll, geht es nach dem Willen

des SBFI, genau dies geschehen. «Der Vorschlag, nun doch Steuerveranlagung und direkte Bundessteuer als Kriterien heranzuziehen, macht den Eindruck, dass der Bundesrat damit das Parlament täuschen wollte, um die Vorlage nicht zu gefährden», kommentiert Nationalrat Bigler.

Verwaltung als Gesetzgeber?

Schelte für Bundesrat und SBFI und Kritik an der Verordnung über die Berufsbildung ertönt aber nicht nur vom Zürcher FDP-Nationalrat, sondern auch aus der linken Ratshälfte. So ärgert sich die Schaffhauser SP-Nationalrätin **Martina Munz** ebenfalls über die «Steuerschikane» bei den Bildungssubventionen. Und auch sie

erinnert Bildungsminister Schneider-Ammann an sein Versprechen, keine Lohn- oder Steuerausweise heranzuziehen. «Diese Klarstellung war für viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier Voraussetzung, dem entsprechenden Artikel zuzustimmen», stellt Munz fest.

Bigler seinerseits geht noch einen Schritt weiter und sagt: «Es entsteht immer öfter – und zwar nicht bloss bei der Berufsbildungsverordnung und nicht nur im SBFI – der Eindruck, die Verwaltung spiele sich bei der Ausarbeitung von Verordnungen gleich selber als Gesetzgeber auf. Das dürfen wir nicht zulassen.» En

SEITE 5

AHV-REFORM – Die Enkelin des «Vaters der AHV», Bundesrat Walther Stampfli, ist überzeugt, dass ihr Grossvater die vorliegende Reform der Altersvorsorge vehement ablehnen würde.

«Er würde bestimmt dagegen ankämpfen!»

Der Solothurner FDP-Bundesrat **Walther Stampfli** (1884–1965) leitete von 1940 bis 1947 das Volkswirtschaftsdepartement. Unter seiner Federführung gelangte die AHV zur Abstimmung und wurde am 6. Juli 1947 angenommen. Am 1. Januar 1948 konnte die AHV endlich eingeführt werden. Seither gilt Walther Stampfli als «Vater der AHV».

Für die Eigenverantwortung

«Als Vater einer behinderten Tochter setzte sich mein Grossvater zeitlebens dafür ein, dass Alte und Schwache nicht unter die Räder gerieten», erinnert sich die Solothurner Unternehmerin **Marlies Saudan** (62). «Doch als Liberaler setzte sich Wal-

ther Stampfli auch stets dafür ein, dass Menschen – wo immer möglich – Eigenverantwortung tragen.» Ihr Grossvater würde, da ist sich Sau-

dan absolut sicher, die heute zur Debatte stehende AHV-Reform ablehnen. Mehr noch: «Er würde gegen diese ungerechte Scheinreform an-



Er war der «Vater der AHV»: Walther Stampfli, Bundesrat von 1940 bis 1947.

BILD: KEYSTONE

kämpfen, weil sie unfair gegenüber den Jungen, den Rentnern und den Frauen ist», so Saudan weiter.

Generationensolidarität in Gefahr

Neben Marlies Saudan und ihrem Gatten **Roger Saudan** sprechen sich auch zahlreiche von der «Gewerbezeitung» befragte Menschen – Junge, Ältere, Frauen, Politikerinnen und KMU-Chefs – gegen die ungerechte Rentenreform aus. Befürchtet wird unter anderem, dass die Solidarität unter den Generationen leiden würde und – aus Sicht der KMU besonders wichtig – viele Nachfolgeregelungen erschwert würden. En/CR

SEITEN 9 & 20

FOKUSKMU
Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Wie stark digitalisiert sind die Schweizer KMU?

ab Montag, 19. Juni 2017
um 17.35 Uhr

auf diesen Sendern:



und unter:
www.fokus-kmu.tv

INHALT

STEUERVORLAGE 17 – Mit höheren Kinder- und Ausbildungszulagen bluten die KMU erneut. **SEITE 3**



BERHALTER AG – Das MEM-Unternehmen verbindet clevere Innovation und Industrie 4.0. **SEITE 16**



ANZEIGE

als kmu rentabel geld anlegen.

Cash Deposit Konto: Ihre Lösung für überschüssige Firmenliquidität.

wir sind einfach bank.

valiant

